

27.09.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.2)

Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/2754,
betreffend

Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung
einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (7. Gesetz zur Änderung
des Grundwassergebührengesetzes),

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

1. Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.
2. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

702.28-01-2016

760.09-05



Berichterstattung:
Senator Kerstan
Staatsrat Pollmann

TOPT. 2
BVerw

Geschäftsbereich Senat
Eing.: 16. SEP. 2016

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2016/02754
vom: 14.09.2016

Siebentes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (7. Gesetz zur Änderung des Grundwassergebührengesetzes)

A. Zielsetzung

Erzielung von Mehrerlösen aus der Erhöhung der Grundwasserentnahmegebühr und Sicherstellung der ökologischen Steuerungsfunktion.

B. Lösung

Anhebung der Gebührensätze für die Entnahme von Grundwasser um drei Prozent pro Jahr durch Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (Grundwassergebührengesetz - GruwaG).

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Durch die Erhöhung der Gebührensätze für die Entnahme von Grundwasser um jährlich drei Prozent für die Jahre 2017 und 2018 sind Mehrerlöse von jeweils rd. 400 Tsd. Euro zu erwarten.

Die lineare Erhöhung der Gebühren wirkt sich nicht zulasten der Ergebnisabführungen der Hamburger Wasserwerke GmbH an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH oder deren Verlustausgleich (Einzelplan 9.2) aus.

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018 wurden die Erlösansätze im Einzelplan 6.2 „Umwelt und Energie“ in der Produktgruppe 291.11 „Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz“ (Produkte „Wasserrechtliche Genehmigungen“ und „Wasserversorgungsmanagement“) erhöht.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die Erhöhung der Gebühr für die Grundwasserentnahme führt für die Jahre 2017 und 2018 zu voraussichtlichen Mehrerlösen von rd. 400 Tsd. Euro pro Jahr. Diese Mehrerlöse wirken sich über die Ergebnisrechnung erhöhend auf das Eigenkapital der FHH aus.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Durch die Erhöhung der Gebühren werden private Eigenförderer und insbesondere die Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW) belastet. Es ist zu erwarten, dass die HWW die erwarteten Auswirkungen im Rahmen kommender Anpassungen der Wasserpreise berücksichtigen wird.

F. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☐ Klimaschutz
- ☐ Bürokratieabbau
- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf eine Änderung des Gesetzes.

H. Anlage